

Im Interesse ihrer Herren

geben uns die Medien
als Hofberichterstatte kund,
was da so kommt aus Intellektuellen-,
Ökonomen- und Politiker-Mund.

Den Inhalt geben Kapital und Nato vor:

„Annexion der Krim“ ist derzeit der Tenor.
Putin ist ein böser Bube!
Spielt nicht mit dem Schmuttelkind! ...

Die EU – so spricht ihr großer Bruder – darf
mit Russland nur noch wenig Handel treiben,
bis es den Kotau vor Amerika vollführt,
muss sie der Feind des Nachbarn bleiben.

Sie muss mehr Wirtschaftsnachteile erleiden,
kann drohende Kriegsgefahr nicht vermeiden.
Muss dem Weltherrschaftsbestreben der USA
- der Pax Amerika – dienlich sein und bleiben.

Wollen die Völker Europas sich diesem Streben
der militärisch stärksten Macht ergeben?

Wollen sie so einem Frieden -

bestimmt vom Herrschafts-Interesse der USA?
„Amerika first!“ – Erzwungen durch ökonomi-
sche, geheimdienstliche und militärische Gewalt?

Diesem US-Bestreben steht vor allem im Wege:
Einerseits Russland, der hochgerüstete militäri-
sche Konkurrent, unter der Führung von Putin.
Andererseits die islamische Welt. Sie behindert -
durch den tradierten Glauben - die Ausbreitung
der materialistischen Vorstellungen des Westens.

Und Europa? – Quo Vadis?

Unterwirft es sich der USA als Vasall? - Oder will
es zwischen West und Ost zur Brücke werden?

Tritt es ein - befreit von den USA - für gleiches
Recht, das in Freiheit und Demokratie in den Staa-
ten der Welt dann entstehen kann, wenn anstelle
der Geldherrschaft, ausgeübt von der Machelite
Amerikas, eine neue Weltordnung so gestaltet
wird, dass sie durch bedarfsgerechte Einkommen
für alle, globale Solidarität bewirken kann.

Eine solche neue Weltordnung, durch die ein von
Staatsmacht und Geldherrschaft befreites Kultur-
und Bildungssystem ein freies Denken und kreati-
ves Gestalten hervorbringen kann, wird auch echte,
d.h., von Parteienherrschaft befreite, Demokra-
tie entstehen lassen, die solche vom Herrschaftsin-
teresse befreiten Gesetze ermöglicht, durch die
globale Solidarität realisiert werden kann.

Können wir den Frieden wählen?



Haben wir bei der Bundestagswahl 2017 wirklich die Wahl?

Können wir zwischen mehr Friedenschancen oder höherer Kriegsgefahr wählen?

Keine Partei, die im Bundestag ver-
treten ist, widerspricht der
Behauptung, die in den üblichen
Medien verbreitet wird:

Russland habe die Krim annektiert
und sei Schuld am Bürgerkrieg in
der Ukraine.

Selbst die Linke spricht von Anne-
xion, statt von Sezession der Krim
und deren Beitritt zur russischen
Föderation.

Wir könnten den neu entstehenden
West-Ost-Konflikt beenden, wenn
die Sezessions-Entscheidung der
Krim wiederholt wird, und indem
wir Ideen in freien Netzwerken
verbreiten, die dazu beitragen,
dass die regionalen Konflikte und
Kriege - an denen die Weltmächte
beteiligt sind - beendet oder zu-
mindest entschärft werden können.

Können wir uns so der gegen Putin
gerichteten Stimmungsmache der
Medien, die feindliche Gefühle, viel-
leicht sogar Kriegsbereitschaft be-
wirken soll, entgegenstellen?



Unterschiede unterhalb der Annexions-Anschuldigung, die uns Friedensfreunden dennoch eine Wahl lassen.

Unterhalb der Annexions-Anschuldigung, mit der hauptsächlich alle Feindseligkeiten gegen Putin (den Unbeugsamen) begründet werden, gibt es jedoch Unterschiede bei den im Bundestag vertretenden Parteien, wie unser Verhältnis zu Russland gestaltet werden soll, obwohl keine davon Russland gegen die Anschuldigung, es hätte die Krim annektiert, verteidigt. Wirkt der Vorwurf, Putin-Versteher zu sein?

Keine dieser Parteien vertritt die doch wahrscheinlichere Sicht auf die Vorgänge im Februar/März 2014: Die autonome Republik Krim hat sich – kurz nach den Gewalttaten in Kiew und nachdem der Präsident vor dem befürchteten Aufstand floh, sowie der sofort darauf folgenden verfassungswidrigen Ernennung eines Übergangspräsidenten - für eine Loslösung (Sezession) von der (unrechtmäßig geführten) Ukraine und den darauf unmittelbar folgenden Beitritt zur Russischen Föderation eigenständig entschieden.

Gründe, die gegen die Annexions-Anschuldigung und für das Sezessions- und Beitritts-Szenario sprechen und durch die die Sanktionen der EU gegen Russland als ungerechtfertigt erscheinen, werden sowohl in dem 2-seitigen, als auch im 4-seitigen Text der Achberger Friedens-Initiative beschrieben. Im Folgenden wird u.a. auf diese beiden Texte hingewiesen.

Bei Wahlkampfveranstaltungen können die Politiker, die sich zur Wahl stellen, gefragt werden, warum sie nicht das wahrscheinlichere Sezessions- und Beitritts-Szenario für zutreffend halten.

Den Redaktionen in den Fernseh- und Radiosendern und auch in Zeitungen, die sich mit Politik befassen, kann der Vorschlag gemacht werden, dass den Politikern diese Frage gestellt wird, und die Journalisten sich in ihren Archiven über die Situation von Februar/März 2014 kundig machen, anstelle dass sie ausschließlich die von der Nato vorgegebenen Sprachregelungen gebetsmühlenartig wiederholen.

Die bestehenden Differenzen zwischen den zur Bundestags-Wahl 2017 antretenden Parteien, die hinsichtlich des Ukraine-Konfliktes darin bestehen, wie sie unser Verhältnis zu Russland gestaltet wollen, kann hier nicht beschrieben werden. Sie können den Parteiprogrammen entnommen werden.

Hinweis auf den 2-seitigen Text der Achberger Friedens-Initiative. Dessen Titel lautet:

Frieden stiften in Europa: Ukraine zur Brücke zwischen der EU und Eurasien bilden.

Krim-Problem lösen! - Ukrainekrieg und Sanktionen gegen Russland beenden!

Es wird behauptet, dass die Krim von Russland annektiert wurde. Anstelle eines Krieges, gemäß Artikel 51 der UN-Charta, sind Sanktionen verhängt worden.

Da umstritten ist, dass es die Annexion der Krim tatsächlich gab, muss die Sezession der Krim und ihr Beitritt zu Russland, geklärt werden!

(Mehr: Text anfragen bei Herbert Schliffka)

Der 4-seitige Text enthält zusätzlich dazu grundlegende Bedingungen für Frieden. Dessen Titel:

Was können wir in Europa tun, um Frieden in der Welt zu schaffen?

**Die Aufgabe, regionale Kriegsgebiete zu befrieden,
um so eine weltweite Kriegs-Gefahr abzuwenden.**

Müssen wir uns als Europäer nicht dieser Aufgabe stellen und in der gegenwärtigen Krisensituation zwischen West und Ost einen Ausweg zu finden versuchen?

Mehr (in einem Entwurf) als pdf: <http://www.kulturzentrum-achberg.de/files/friedensinitiative2017.pdf>

Für die Achberger Friedens-Initiative: Herbert Schliffka, E-Mail: herbert.schliffka@web.de